

Die Volksernährung im Reichshaushaltsausschuß.

* Berlin, 4. Dezember. (Drahtbericht.) In der Fortsetzung der Beratung der Ernährungsfrage durch den Haushaltsausschuß des Reichstages widersprach ein konservativer Redner der Ansicht, daß die Landwirtschaft für ihre Produkte während des Krieges zu hohe Preise genommen hätte. Die heutigen Preise entsprächen vielfach den Friedenspreisen, so bei Brot und Kartoffeln. In den letzten vier Friedensjahren hätten Kartoffeln in Berlin im Kleinverkauf M. 4,40 und M. 4,50 gekostet, jetzt M. 4.— der Zentner. Mit anderen Artikeln sei es ebenso. Der Redner legte zahlenmäßig dar, daß Deutschland in Bezug auf die Lebensmittelpreise besser daran sei, als das Ausland. Wo Bücher vorliege, sei er zu verurteilen; in der Landwirtschaft sei er aber nicht zu finden. Warum rede man nicht von den hohen Lederpreisen und den Preisen anderer Artikel des Handels und der Industrie? Der Bund der Landwirte habe von Anfang an die Brotorganisation angeregt und eine antilliche Preisregulierung gefordert. Die Vorwürfe gegen den Bund der Landwirte müsse er zurückweisen. Ein Teil der Presse habe sich der Landwirtschaft gegenüber wenig objektiv verhalten, und statt aufklärend zu wirken, verwirrend gewirkt. Durch ungerechtfertigte Vorwürfe solle man nicht die so notwendige Arbeitsfreudigkeit der Landwirtschaft herabmindern. Der Redner erörterte eingehend die Kartoffelfrage. Bei Beschlagnahme zu großer Mengen entstehe die Gefahr, daß der Anbau eingeschränkt und die Ernte verringert werde. Bei aller Anerkennung der vielen Arbeit der Reichsämter, hätten sie doch das eine nicht verstanden, die Interessen der Konsumenten und die der Produzenten durch Förderung der Produktion in Einklang zu bringen.

Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich gab dem Vorredner darin recht, daß das große zu lösende Problem sei, die Produktion mit der Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Dabei würden die Reichsfinanzen in erheblicher Weise berührt. Mit seiner Zustimmung seien zweimal 200 Millionen Mark zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung zur Verfügung gestellt worden. Die erhöhte Familienunterstützung für den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern. Demselben Zwecke dienen die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Wenn der Staat Summen hergäbe für die Aufzucht und Mast von Schweinen, so sei das im Interesse der Konsumenten zu beurteilen. Was von Reichs wegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien als in anderen Ländern, die eine viel größere Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte auch er für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt.